

Nummer: 11

1 **Initiativantrag an die 3. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**

2
3 Einreicher: Landesvorstand

4
5 **Erklärung des Landesparteitages zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise**

6
7 **Die derzeitige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise** stellt die Menschheit vor enorme
8 Herausforderungen und offenbart deutlicher als zuvor die Krisenhaftigkeit einer unregulierten
9 kapitalistischen Weltwirtschaft. Dazu gehören die weitere Verarmung großer
10 Bevölkerungsteile in verschiedenen Kontinenten, die Zunahme ökologischer Katastrophen, die
11 steigende Konkurrenz um die verbliebenen fossilen Rohstoffe der Erde und ihre militärische
12 Absicherung mit der wachsenden Gefahr von Kriegen.

13
14 **Die Krise** ist nicht durch die geplatze Immobilienblase in den USA ursächlich entstanden.
15 Vielmehr waren sinkende Profitraten sowie ökologische und soziale Grenzen im
16 kapitalistischen Produktionsprozess Anlass für die Verfechter marktradikaler Konzepte, durch
17 den weitgehenden Abbau von Regulierungen auf dem Finanzsektor Profite zu sichern. Es fand
18 eine zunehmende Entkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft statt. Der
19 Turbokapitalismus wurde alles bestimmendes Prinzip des Wirtschaftens.

20
21 **Parallel** veränderten sich durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus die
22 weltweiten Kräfteverhältnisse derart, dass auf dem Interessenausgleich zwischen Kapital und
23 Arbeit bestehende Gleichgewichte durch die Kapitalseite aufgekündigt wurden. Die Folge war
24 ein erhöhter Konkurrenzdruck zwischen Beschäftigten und Nicht-Beschäftigten, zwischen
25 Ländern und Regionen, zwischen Kontinenten. Das Kapital setzte mit der Drohung der
26 Kapitalflucht demokratisch gewählte Regierungen massiv unter Druck, sodass letztlich die
27 Steuern für Vermögende und Kapitalgesellschaften gesenkt und bestehende Sozialsysteme
28 aufgekündigt wurden. Steueroasen beförderten diese Entwicklung ebenso wie die
29 Entwicklung eines völlig ungezügelter Finanzsektors. Flankiert und zusätzlich befördert wurde
30 dies durch die neoliberale Ausrichtung weiter Teile der Medien und Wissenschaft.

31
32 **Deutschland** ist nicht einfach Opfer der Entwicklung. Deutschland hat mit seiner - durchaus
33 imperial zu nennenden - Exportausrichtung wesentlich zum bestehenden Ungleichgewicht im
34 Welthandel beigetragen. Diese Strategie konnte nur aufgehen, wenn die Reallöhne in
35 Deutschland über längere Zeit sanken.

36 Mit anderen Worten: Die deutsche Exportwirtschaft konkurrierte andere Länder
37 erbarmungslos nieder. Die frühere Möglichkeit für andere Länder, durch Abwertung ihrer
38 Währung dem etwas entgegenzusetzen, gibt es seit Einführung des Euro nicht mehr.

39
40 **In Thüringen** war die neoliberale Strategie Programm: Niedrige Löhne als angeblicher
41 Standortvorteil, einseitige Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf den Export, damit auch
42 Verzicht auf die Nutzung der Chancen Thüringens in den Bereichen Kultur, Bildung und
43 Energie, Schwächung der kommunalen Investitionskraft durch Streichung der
44 Investitionszuschüsse, Schwächung der Rolle des Staates bspw. bei der
45 Erbschaftsteuerdebatte, Diffamierung des Sozialen, Abbau von Demokratie und politischer
46 Kultur, Debatte um das Schuldenverbot in der Verfassung, welches bei Umsetzung ab 2011
47 den größten Sozialabbau der jüngeren Geschichte Thüringens zwingend zur Folge hätte.
48 Zusammenfassend: In Thüringen regieren besonders bornierte und aggressive Vertreter des
49 neoliberalen Gesamtkonzepts. Um so dringlicher ist deren Abwahl.

50 **Das marktradikale reaktionäre Modell** mit seinem totalen Anspruch auf Wahrheit in
51 Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ist umfassend gescheitert. Allerdings haben seine
52 Protagonisten noch nichts gelernt. Noch sind nämlich die Kräfte der Reaktion da, sie sind
53 vernetzt, sie sind aktiv und bereit, ihre Positionen zu halten und zu sichern. Noch ist es so,
54 dass es ihnen mit ihren Verbündeten in der Politik nur darum geht, ihr altes chauvinistisches
55 Modell nun mit einem aktiveren Staat wiederum an den Start zu schicken. Hätten diese Kräfte
56 Erfolg, ginge nicht nur das alte Spiel weiter. Es würden demokratisch verfasste Länder unter
57 der enorm gewachsenen Schuldenlast im Zuge der „Vergesellschaftung“ der Verluste der
58 Banken zusammenbrechen. Die Folgen für das Zusammenleben der Menschen wären
59 verheerend.

60 **„Wir zahlen nicht für eure Krise“!**

61 Wir ermuntern die Menschen in unserem Land, sich stärker um die eigenen Belange zu
62 kümmern und für die Stärkung der Demokratie einzusetzen.
63 DIE LINKE stellt sich marktradikalen Experimenten entgegen. Wir unterstützen den friedlichen
64 Protest gesellschaftlicher Gruppen wie z.B. attac gegen die unsägliche Politik der Banken vor
65 und während der Krise. Die Verursacher dort müssen strafrechtlich zur Verantwortung
66 gezogen werden. Ebenso müssen die in der Politik Verantwortlichen über ihre Verstrickungen
67 Rechenschaft ablegen. Ein Untersuchungsausschuss nach der Bundestagswahl ist notwendig.
68

69 **DIE LINKE Thüringen** erklärt sich mit allen Beschäftigten solidarisch, die die derzeitige Krise
70 des weltweiten Kapitalismus in großer Sorge und Unsicherheit erleben müssen. Wir stehen an
71 der Seite der Beschäftigten der Thüringer Betriebe, denen wie bei Opel durch die
72 Wirtschaftskrise und Missmanagement der Verlust des Arbeitsplatzes und
73 Einkommensverluste drohen. Wir sehen keinen Weg darin, dass sich die Spirale durch
74 Einkommensverzicht der Beschäftigten weiter nach unten dreht. Die Stärkung der Demokratie
75 in der Wirtschaft ist seit Jahrzehnten überfällig. DIE LINKE sieht dazu die Chance und die
76 Notwendigkeit.
77

78 **DIE LINKE Thüringen fordert die Stärkung der Binnenkaufkraft**, ein gesetzlicher
79 Mindestlohn muss her und die Einkommen der Menschen müssen steigen. Sofort will DIE
80 LINKE die Senkung der Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleistungen zur Stärkung
81 von Handwerk, Handel und Tourismus sowie bei Medikamenten und Kinderkleidung.
82 Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit
83 Existenz sichernden, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Wir brauchen die Stärkung
84 des öffentlichen Sektors sowie des kommunalen und genossenschaftlichen Eigentums. Es
85 muss Schluss sein mit dem Ausverkauf der öffentlichen Hand. Investitionen, Technologie,
86 Forschung und Verbrauch sind konsequent ökologisch auszugestalten.
87

88 **Zur Finanzierung der alten und neuen Schulden** müssen die Vermögenden in Deutschland
89 herangezogen werden: Die Vermögensteuer muss endlich her ebenso wie eine Millionärsteuer
90 von 5% für alle privaten Vermögen über 1 Mio. €. Allein damit könnten ca. 80 Mrd. €
91 zusätzlicher jährlicher Einnahmen erzielt werden. Die Erbschaftsteuer muss reformiert, der
92 Spitzensteuersatz angehoben werden. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, denn nur
93 Starke brauchen diesen nicht. Wir brauchen in den nächsten Jahren eine deutlich höhere
94 Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand zur Stabilisierung der Binnennachfrage, zur
95 Sicherung von Arbeitsplätzen und der öffentlichen Daseinsvorsorge.
96

97 **Der private Bankensektor** muss umfassend umgestaltet werden und gehört in öffentliche
98 Verfügung und Kontrolle. Private Großbanken sind aufzulösen und das in Deutschland
99 bestehende System der Sparkassen und Genossenschaftsbanken ist zu stärken.
100 Vergesellschaftung und Demokratisierung sind die Gebote der Stunde. Das Casino muss
101 geschlossen werden. Alle Steueroasen sind dringend abzuschaffen, Hedgefonds und
102 Leerverkäufe zu verbieten. Eine Börsenumsatzsteuer ist einzuführen, um Investitionen in
103 Wirtschaftsbereiche zu lenken, die Arbeitsplätze schaffen. International sind Regulierungs-
104 und Aufsichtssysteme neu aufzubauen, der Einfluss privater Interessen muss zurückgedrängt
105 werden. Das Währungssystem muss international reformiert werden mit dem Ziel,
106 Spekulation ebenfalls zurückzudrängen. Internationale Kapitalströme müssen kontrolliert
107 werden.
108

109

110 **Wir brauchen mehr Demokratie!**

111 DIE LINKE wird sich jedem Versuch energisch widersetzen, wo auch immer, demokratische
112 Rechte der Bürgerinnen und Bürger und demokratisch legitimierter Gremien zu reduzieren.
113 Diese Krise ist auch eine Krise der mangelnden Einbeziehung der Menschen in wichtige
114 Entscheidungen. Das betrifft alle Ebenen des staatlichen Handelns ebenso wie den gesamten
115 Bereich der Wirtschaft, der Medien, der Wissenschaft und der Gesellschaft. Die wichtigste
116 politische Aufgabe kann daher nur sein, die Demokratie durch direkte Beteiligung der
117 Menschen zu stärken. Darin eingeschlossen ist die entschiedene Auseinandersetzung mit
118 rechtsextremistischen und neofaschistischen Positionen.